Die Grenzen des Grüns

Kalifornien leidet seit vier Jahren unter einer verheerenden Dürre. Das Grundwasser wird knapp, das liegt vor allem an der Landwirtschaft, der wachsenden Bevölkerung und dem Bauboom, für den die Wüste immer weiter erschlossen wird. Golfplätze, Gärten, Swimmingpools – all das könnte bald austrocknen. Denn Gouverneur Jerry Brown will den Wasserverbrauch um ein Viertel senken, etwa über extrem hohe Wasserpreise. Duschen könnte in der achtgrößten Volkswirtschaft der Welt bald ein Luxus sein.

Polen

„Enormer Druck“

Vor fünf Jahren verunglückte die Maschine von Präsident Lech Kaczyński beim Landeanflug auf Smolensk. Der langjährige Chef der staatlichen Luftsicherheitskommission in Polen, **Edmund Klich,** über die neuen Erkenntnisse, die auf polnisches Fehlverhalten deuten

SPIEGEL: Die Sprachaufnahmen aus dem Cockpit wurden mit modernsten Techniken erneut analysiert. Welche Erkenntnisse hat das erbracht?

Klich: Was wir damit heute hören können, bestätigt einen alten Verdacht: Im Cockpit hielt sich auch der Chef der polnischen Luftwaffe auf. Wir wissen nun, dass er sich in die Gespräche im Cockpit eingemischt hat.

SPIEGEL: Ihre Kommission hat bisher die polnische Besatzung und die russischen Fluglotsen für das Unglück verantwortlich gemacht. Hat der General eine Mitschuld?

Klich

Klich: General Andrzej Blasik hat nicht eindeutig gegen Vorschriften verstoßen. Aber allein seine Anwesenheit muss einen enormen Druck auf die Piloten ausgeübt haben. Dann kam auch noch der Protokollchef des Außenministeriums herein und legte der Besatzung nahe, doch bitte auf jeden Fall zu landen.

SPIEGEL: In Polen gibt es viele Verschwörungstheorien zu dem Crash, ändern die neuen Erkenntnisse das?

Klich: Nein. Nicht ein einziger Luftfahrtexperte hält ein Attentat für die Ursache, und trotzdem glauben noch immer viele Polen daran.

SPIEGEL: Kommenden Monat sind Präsidentschaftswahlen, die neue Debatte um den Absturz könnte der Kaczyński-Partei schaden. Schließlich hat sie den toten Präsidenten als Märtyrer verklärt.

Klich: Das glaube ich nicht. Ihr Kandidat Andrzej Duda ist klug genug, das Thema Smolensk aus dem Wahlkampf herauszuhalten. jpu

FOTOS: DAMON WINTER / NYT / REDUX / LAIF (O.); MAKSYMILIAN RIGAMONTI / FORUM (L.)

Kenia

Die Terroristen von nebenan

Bevor der Kenianer Abdirahim Abdullahi zum Massenmörder wurde, war er Anwalt, angestellt bei einer Bank in Nairobi. Doch er radikalisierte sich – und tötete vergangene Woche zusammen mit vermutlich drei weiteren Tätern 148 Menschen in der Stadt Garissa. Abdullahis schreckliche Karriere, sein Weg aus der Mitte der Gesellschaft zu den somalischen Islamisten von al-Schabab, zeigt: Immer mehr muslimische Kenianer wenden sich den Extremisten zu. Das bekräftigt auch die Festnahme von fünf Kenianern am Dienstag, die verdächtigt werden, Mittäter gewesen zu sein. Al-Schabab ist in Somalia zurückgedrängt worden, vor allem von der kenianischen Armee, daher hat sich die Gruppe darauf verlegt, auch in den Nachbarländern Nachwuchs anzuwerben. Besonders in Kenia kann sie mit der Unterstützung der diskriminierten Muslime rechnen; die Rekruten erhalten angeblich bis zu 1000 Dollar Gehalt. Bereits ein Viertel der rund 7000 Schabab-Kämpfer sind Kenianer, schätzt der Sicherheitsexperte Mwenda Mbijiwe. Neben ihnen rekrutiert al-Schabab vor allem Exil-Somalier. Hunderttausende leben in Kenia, meist in Slums oder Flüchtlingslagern. Die Polizei hat nach Anschlägen wie dem auf das Westgate-Einkaufszentrum 2013 Tausende Somalier willkürlich verhaftet. Nach der jüngsten Attacke drohte Präsident Uhuru Kenyatta, „auf härteste Weise“ zurückzuschlagen. jpu

Trauernde in Garissa

Italien

Die Ischia-Affäre

Ausgerechnet während sich Angela Merkel auf der Insel Ischia erholte, saß der Bürgermeister des Hauptorts wegen Korruptionsvorwürfen frisch verhaftet im Knast. Das wäre nicht weiter erwähnenswert, könnte der Skandal sich nicht zu einem Problem für Premier Matteo Renzi auswachsen. Denn die bis zu sechsstelligen Zuwendungen kamen von dem Genossenschaftskonzern CPL Concordia, der sich für lukrative Aufträge unter anderem bei der Erdgasversorgung von Ischia spendabel gezeigt haben soll – vorwiegend zugunsten von Politikern der regierenden Sozialdemokraten. Die Staatsanwälte in Neapel ermitteln in Richtung einer kriminellen Vereinigung mit internationalen Verbindungen. Renzis Partei war zur Jahreswende schon in Zusammenhang mit dem sogenannten Hauptstadtmafia-Skandal in die Kritik geraten. Ins Blickfeld der Ermittler gerückt ist inzwischen auch Renzis rechte Hand, der Staatssekretär Luca Lotti. Der Premier selbst soll für ein Fundraising-Dinner seiner Partei im November eine kleinere Spende der Genossenschaft kassiert haben; er schweigt bisher zu den Vorgängen. Eine Stellvertreterin teilte mit, die Concordia-Affäre sei „kein Problem für unsere Partei, aber für unser Land“. Italien belegte im Korruptionsindex von Transparency International 2014 den letzten Platz unter den EU-Staaten. wma

FOTO: XINHUA / POLARIS / LAIF (R.)

Griechische Reparationsforderungen

an Deutschland, in Milliarden Euro

Diese Reparationsansprüche errechneten Experten des Athener Finanzministeriums. Grundlage sind 50 000 Seiten Originaldokumente im Archiv der griechischen Zentralbank. Bereits auf der Pariser Reparationskonferenz 1946 hatte Griechenland 7,2 Milliarden Dollar für Kriegs- und Besatzungsschäden gefordert. Die Bundesregierung hält jegliche Entschädigungs- und Wiedergutmachungsansprüche spätestens seit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 für politisch und juristisch erledigt. Zumindest bei der Zwangsanleihe ist diese Position umstritten.

Sach- und Infrastrukturschäden	135,5
Produktionsrückgang 1940 bis 1944	53,9
Forderungen aus Geschäften mit den NS-Besatzern	18,0
Versenkung der Handelsschiffe	12,5
Zwangsanleihe	10,3
Erster Weltkrieg	9,2
Sonstiges darunter geraubtes Gold von jüdischen NS-Opfern **235 Mio. €** geraubtes Bargeld der Athener Zentralbank **40 Mio. €**	39,3

Quelle: Finanzministerium, Athen; Stichtag: 31. Dezember 2014

DER SPIEGEL